

Posener Zeitung.

№ 10.

Sonnabend den 13. Januar.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 Sgr. 6 Pf.

Insertionsgebühren
1 Sgr. 3 Pf. für die viergespaltene
Zeile.

1849.

Inland.

CC Berlin, den 10. Jan. Auch die constituirende Versammlung beider Mecklenburg hat nunmehr die Uebertragung der Reichsgewalt auf Preußen anerkannt. Immer lauter tönen also die Stimmen, welche die höchste Gewalt im neuerstehenden Deutschland auf das Haupt der Hohenzollern erblich übertragen wollen, aus Süd und Nord zu uns herüber. Braunschweig und Rassel sprachen schon früher durch das Organ ihrer Landesversammlungen und selbst im fernsten Schwabenlande zögert man nicht, tief eingewurzelte Stammeseifersucht gegen die Erkenntnis einer politischen Nothwendigkeit zurücktreten zu lassen. Wird es dem Baierschen Ultramontanismus und dynastischem Ehrgeiz noch länger gefallen, sein kurzfristiges Interesse dem allgewaltigen Drängen unseres Volkes nach nationaler Größe und Bedeutung entgegenzustellen?

Die Demokratie hat für die Wahlen in Berlin wenig Aussicht, indem gerade der gewerbtreibende Mittelstand gegen sie auftritt, da derselbe noch nicht verschmerzt hat, daß in der Sachkommission der selig entschlafenen National-Versammlung die darin stehenden Mitglieder der Linken auf Seiten der unbeschränkten Gewerbefreiheit standen, wogegen unsere Handwerker nur in der Einführung einer Beschränkung der Gewerbefreiheit ihre Rettung und ihren künftigen Wohlstand erblickten. Die Stimmen dieses zahlreichen Mittelstandes dürften daher schwerlich einem erklärten Linken zufallen.

Von gewisser Seite ist eine Serie demokratischer Briefe mit Nr. 1, die neue demokratische Steuervertheilung, eröffnet worden. Der Schreiber dieses ersten Briefs, welcher sich Jakob unterzeichnet, ist ein schlechter Nachahmer des Harfordschen Styles und würde besser gethan haben zu schweigen, da die ehrliche constitutionelle Partei solcher Mittel sich nur zu schämen hat.

Heute morgen ist der neue Director des Königl. Gewerbe-Institutes Dr. Egen, bisher Director der Realschule in Elberfeld, von dem Handelsminister v. der Heydt in sein Amt eingeführt worden. Er ist zu gleicher Zeit zum vortragenden Rath im Handelsministerium ernannt, und soll, wie wir hören, ein bewährter Schulmann sein; er genießt außerdem einen anerkannten Ruf als mathematischer Schriftsteller.

Die von Hausmann projectirte Zeitung tritt nun bald ins Leben, da der Contract über dieselbe zwischen ihm, dem Prediger Jonas, dem Buchhändler Lehfeldt (Zeit & Comp.) und dem Redakteur Weyl in diesen Tagen abgeschlossen ist.

C. C. Berlin, den 10. Jan. Aus Westphalen vernehmen wir über die Stimmung des Volkes in Paderborn, daß man in dieser Stadt, wo man noch vor Kurzem wegen der Verfassung des Redacteurs der dortigen Westphälischen Zeitung Barikaden baute, jetzt den Verleger derselben Zeitung wegen seiner demokratischen Gesinnung so gut wie in Verzug erklärt hat. Die dortige katholische Geistlichkeit soll den meisten Antheil an diesem Umschwunge der öffentlichen Meinung haben.

E Der Französl. Kommunist Cabet wanderte im Laufe des vorigen Jahres mit einer Schaar seiner Gesinnungsgenossen nach dem mittlern Amerika aus, um dort eine sozialistische Ansiedlung auf den breitesten Grundlagen zu gründen. Der Eifer, mit welchem Cabet während seiner Wirksamkeit in Paris die Selbstsucht der Besitzenden den Besitzlosen gegenüber geistelte, und die Aufrichtung eines neuen Arbeiterthumes predigte, ließen Außerordentliches von seiner Staatsgründung erwarten. — Das von uns bereits früher mitgetheilte Schreiben eines zu der unter Cabet's Leitung stehenden Auswanderungs-Gesellschaft gehörenden Mitgliedes an dessen Vater giebt genügenden Aufschluß über den Erfolg dieser Unternehmung. — Auch in unserm Vaterlande, ließen wir uns sagen, soll man es nicht überall mit dem Mein und Dein sehr genau nehmen. Gar nicht selten sollen die Bauern die Frage wegen Aufhebung der Lasten und Abgaben kurz und bündig dadurch erledigt haben, daß sie ihren Gutsheeren sowohl die Leistung als auch die Entschädigung verweigerten. Das ist auch so ein Stückchen Communismus. Solchen Leuten rathen wir, jenen Brief aus Amerika zu lesen und recht zu Herzen zu nehmen, ob Recht und Eigenthum nicht heilig und unverletzlich gehalten werden muß, und ob diejenigen wohlthun, die ihnen außer der Freiheit auch die Acker der Begüterten versprechen!

Berlin, den 11. Januar. Einer unserer Abgeordneten zur Deutschen Nationalversammlung äußert sich in einem zum Schlusse des vergangenen Jahres an einen hiesigen Freund geschriebenen Briefe wie folgt: „Ich glaube jetzt mehr denn je seit den Märztagen an die Möglichkeit einer Consolidirung, sowohl der Preussischen, als der Deutschen Verhältnisse überhaupt. Möchte nur in der neuen Preussischen Volksvertretung, wie der Geist der Freiheit und des Rechts, so auch der Geist des Friedens und der Versöhnung lebendig sein! Denn obwohl ich durch sie den gesetzmäßigen, von dem Ministerium Brandenburg verlassenen Boden der Vereinbarung allerdings gewahrt und wiederhergestellt sehen möchte, so darf dies doch nach meiner Ansicht nicht auf dem Wege

des Uebermuthes oder des Troges geschehen, der wieder den Bestand der Regierung sowohl, als das Wohl der Gesamtheit, in Frage stellen würde, sondern nur auf dem Wege eines offenen, ehrlichen, keinen Theil verletzenden, Uebereinkommens. Es kommt darauf an, nicht die Differenzen zu erweitern, vielmehr sie zu vermitteln und auszugleichen.“ Ueber das Reichsoberhaupt spricht sich derselbe Abgeordnete folgendermaßen aus: „Ich bin nach wie vor gegen das Erbkaisthum, ich will Preußen — gleich viel, unter welcher Firma — vorläufig auf 10 oder 12 Jahre an die Spitze gestellt sehen; dies nächste Jahrzehend mag dann selbst zusehen, was weiter zu thun sei. Eine feste Form zu schaffen, ist jetzt nicht der rechte Augenblick, die Geschichte selbst, die Ereignisse müssen sie ausprägen. Dieser Reich darf nicht für Deutschland aufgegeben, aber eben darum darf auch die Form für den Deutschen Bundesstaat nicht schon gegenwärtig abgeschlossen werden.“ — Und gewiß ist es gerathen, für diesen Fall die Entwicklung der Ereignisse erst noch kommen zu lassen. — (Sp. Ztg.)

Die Deutsche Reform sagt: Es erregt hier und da noch Mißstimmung, daß nach der neuesten Gesetzgebung die Eigenschaft der Geschwornen an einen Census geknüpft ist.

Wäre das Gesetz in diesem Punkte ein definitives, so würden wir jenes Bedenken theilen. Die Bestimmung ist aber eine provisoische. Wenigstens geht dies aus den Motiven des Gesetzes hervor, die, so viel uns davon bekannt geworden, geeignet erscheinen, das Verfahren der Regierung unter den gegenwärtigen Umständen vollständig zu rechtfertigen.

Wo von der Wahl der Geschwornen die Rede ist, wird gesagt, daß dieselbe keine Schwierigkeit haben würde, wenn bereits die Gemeindeverfassung publiziert sei. Denn es erscheine am naturgemäßen, die Geschwornen aus der Wahl der Gemeindevertreter hervorgehen zu lassen.

Bis die Gemeindeordnung aber ins Leben getreten, müsse eine provisorische Anordnung getroffen werden. Hierbei komme es vor Allem in Betracht, daß dahin gestrebt werden müsse, für die ganze Monarchie, also namentlich auch für die Rheinprovinz, ein gemeinsames Strafverfahren einzuführen. Den Rheinländern ist nun aber ihre durch lange Erfahrung gerechtfertigte Gerichtsverfassung so lieb geworden, daß ihnen Abänderungen nur in so weit angeschlossen werden können, als diese entschiedene Verbesserungen in sich begreifen. Bis zur Verathung einer gemeinsamen Gerichtsverfassung aber wird man bei Veränderungen des altländischen Verfahrens sich der Rheinischen Gesetzgebung so weit zu nähern haben, als es ohne Aufhebung des Prinzips irgend zulässig ist. Denn dadurch wird am ehesten eine Uebereinstimmung angebahnt, und die spätere Vereinigung wesentlich erleichtert.

In der Rheinischen Gesetzgebung findet aber der Census der Geschwornen ebenfalls statt, und diese Einrichtung hat sich bis jetzt keinesweges so nachtheilig gezeigt, daß die Regierung hätte Anstand nehmen sollen, sie auch für die altländischen Geschwornengerichte einzuführen.

St. Johannes bei Zielenzig, den 4. Januar. In den letzten Tagen des Monats November ist hier unter ausdrücklicher Hinweisung auf den Mangel gerechter Strafgesetze ein grauenhafter Akt der Volksjustiz verübt worden. Ein schon mehrmals bestraffter Verbrecher Klaus, welcher im Sommer aus dem Gefängnis von Meiseric ausgetrieben war und ständlich verfolgt wurde, hatte sich neuerdings in hiesiger Gegend durch Mordanfälle und Raubthaten zum Schrecken aller friedliebenden Einwohner gemacht. Derselbe hatte namentlich auf 2 Personen geschossen, die Anzündung eines Hauses versucht, Vieh erschossen, und außer 40 kleineren Diebstählen noch 2 Pferdediebstähle ausgeführt. Der Furcht vor diesem gefährlichen Subjekte kam die Erbitterung gleich, welche in der gesamten hiesigen Bevölkerung gegen dasselbe herrschte, und in Allen wurde der Wunsch lebendig, den Klaus so bald wie möglich unschädlich zu machen. Am 15. Nov. Abends wurde die Gemeinde Beaulieu benachrichtigt, der Klaus befände sich im Hause seines Schwagers. Sofort umzingelten die Männer der Gemeinde dieses Haus. Der Klaus zog sich auf den Boden zurück und fing an, aus den Dachlaken zu schießen und verwundete mehrere Personen. Auf jeden, der sich dem Hause zu nähern suchte, wurde geschossen. Klaus hatte, wie sich später ergab, mehrere Pistolen, eine Doppelflinte, Munition und einen Dolch bei sich. Inzwischen wurde der Fall in den benachbarten Dörfern ruchbar und es sammelten sich im Laufe der Nacht wohl 400—500 bewaffnete Menschen aus den benachbarten Gemeinden, welche sich aber alle aus Furcht vor Lebensgefahr in einer Entfernung von 200 Schritt um das Haus hielten. Klaus fuhr fort zu schießen und die Menge wurde immer erbitterter. Endlich entschlossen sich ein Knecht und ein Kolonist, in das Haus einzudringen und ihn folgte die Menge. Der Knecht fiel, von zwei Schüssen getroffen, von der Bodenleiter. Unterdessen rissen mehrere Menschen Bretter von den Giebeln und schossen durch die Oeffnungen. Jetzt stellte Klaus das Feuer ein. Viele Personen stiegen auf den Boden, durchsuchten diesen nach dem verschwundenen Klaus und durchsuchten die Strohhäuser mit Mistpforken und Piken, indem sie fortwährend die Worte ausstießen: „der Hund müsse umgebracht werden, die Gesetze bestrafen seine Schandthaten doch nicht nach Recht und Ge-

bühr. Die Diebe, Räuber und Mordbrenner gingen jetzt leer aus, deshalb müsse man die Bestrafung selbst übernehmen.“ Plötzlich erhob sich Klaus aus einem Strohhause und feuerte wieder mehrere Schüsse ab, durch welche ein Kolonist verwundet wurde. Klaus wurde jetzt blutend vom Boden herabgeworfen, und als er sich unten wieder erhob, gebunden, mit Knütteln geschlagen und schon halb entseelt am Boden liegend, durch einen Pistolenschuß ins Ohr vollends getödtet. (Stettiner Ztg.)

Reichenberg, den 5. Januar. Ein gräßliches Unglück hat sich in unser nächster Nähe ereignet. Die ausgedehnte herrlich gelegene **Spinn- und Maschinen-Fabrik der Herzog und Söhne** in dem eine Stunde von Reichenberg entfernten Grünwald ist ein Raub der Flammen geworden, welche seit fünf Uhr Morgens wüthend, ein wahres Werk der Vernichtung an sämtlichen schönen Fabrik- und Wohngebäuden übten, und da weder Maschinen, noch Waaren, noch Einrichtungsstücke gerettet werden konnten, einen sehr beträchtlichen Schaden anrichteten. Den unerseßlichen Verlust erleidet aber das Etablissement sowohl als die ganze Gegend und die Stadt Reichenberg durch den Tod des Reichstagsdeputirten Karl Herzog, welcher seit den Kammerferien hier anwesend, aus seiner Wohnung in Reichenberg zum Brande eilte, sich daselbst anordnend und rettend zu weit unter das brennende Gebälke wagte, und von einem einstürzenden Gewölbe begraben wurde. (C. Bl.)

Eisendorf bei Glas, den 8. Januar. (Schl. Ztg.) Heute Morgen ereignete sich in hiesiger Fabrik ein Akt der gräßlichsten Barbarei. Vor ein paar Tagen sollte ein Fabrikpinner wegen schlechter Arbeit und Widerseßlichkeit entlassen werden; auf sein bringendes Bitten jedoch wurde ihm außerhalb der Fabrik Tagelöhnerarbeit angewiesen. Statt diese zu verrichten, begab sich derselbe wieder an seine Spinnmaschine. Etwa 100 Arbeiter nahmen sich dieses Widerspenstigen an, und wollten ihn nicht aus ihrer Mitte entlassen. Heute früh stürmten sie auf ein gegebenes Zeichen mit der Glocke in Masse das Komptoir, nahmen den Fabrikdirektor Herrn Giese bei den Ohren, packten ihn von allen Seiten und schleppten ihn hinaus, über die Stufen hinaus durch den Hof, schlugen ihn mit Säulen, warfen ihn zu Boden, traten auf ihn, rissen ihm die Haare aus, und schleiften ihn fort bis auf die Straße, die der Fabrik entlang durch zwei Reichen Häuser führte. Aus diesen kamen Franzosen mit Besen und hieben damit den bis zu Tode Gequälten ins Gesicht. — Furchtbar zugerichtet, voll Wunden am ganzen Leibe, liegt der gräßlich Gemißhandelte auf dem Krankenbette. Schauerlich war das Hurrahrufen und Beifallgeschrei der rohen, vor Wuth finstrenden Menge, die, wohl an 5—600 Köpfe stark, das unglückliche Opfer ihrer Rache verfolgte. Möchte doch recht bald mit der Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen vorgegangen werden, damit diese rohe Horde, vor der in hiesiger Gegend Niemand mehr seines Eigenthums, ja seines Lebens sicher ist, zu Paaren getrieben werde. Leider trägt auch an diesem beklagenswerthen Faktum der Freiheitswindel unserer Tage und der von allen Seiten genährte demokratische, d. h. demagogische und radikale Geist einen großen Theil der Schuld.

Hamburg, den 8. Jan. In der vorgestrigen Sitzung der constituirenden Versammlung wurde über die Diäten-Frage verhandelt und nach längerer Debatte folgender Beschluß gefaßt: 1) Kein Abgeordneter zur constituirenden Versammlung erhält Diäten; 2) bei der betreffenden Behörde dahin zu wirken, daß der Versammlung ein zur Deckung der von ihr als berechtigt anerkannten Ansprüche hinreichender Kredit aus Staatsmitteln eröffnet werde; 3) eine Kommission niederzusetzen, welche die Ansprüche auf Kostenersatz entgegenzunehmen und zu prüfen, auch gleichzeitig dahin zu wirken hat, daß diese Kosten so viel irgend thunlich vereinfacht und verringert werden; dieser Kommission auch ferner den Auftrag zu ertheilen, der Versammlung, sobald das erforderliche Material gesammelt, Bericht über den ungefähren Kostenbetrag per Sitzungstag zu erstatten. Der zur Vorbereitung eines Verfassungs-Entwurfs gewählte Ausschuss besteht aus den Herren: Dr. Wolfson, Dr. Baummeister, Dr. Rée, Dr. Gallois, Dr. Albrecht, Dr. Eden, Edhe, Dr. Friedländer, Dr. Trittau, Ed. Jöhne, Olliva.

Nach Angabe eines Schleswigschen Briefes im Hamburger Correspondenten will Dänemark, von der Annahme der Incorporation, die bis dahin nach der Staatsweisheit der Dänen 1721 schon eingetreten war, abgehend, als Basis des Friedens Schleswig dergestalt eine Selbstständigkeit gewähren, daß dessen Bewohner nach Kopzahl zu den Dänischen Staatsschulden, zu dem Dänischen Armee-Etat und zur Dänischen Civilliste, welche die Dänischen Reichskasse bestimmen würden, beitragen sollen, indem über den Rest der Einkünfte aus dem Herzogthum Schleswig dessen Stände verfügen dürfen. Dabei soll dieses sogenannte selbstständige Schleswig an der Eider durch eine Zollgrenze von Holstein abgesperrt werden, wie es selbstverständlich ebenfalls seine Zollgrenze an der Königsau behalten würde.

Frankfurt a. M., den 8. Januar. 147te Sitzung der verfassungsgebenden Reichs-Versammlung. Gegen 10 Uhr erst eröffnet Präsident Simson die Sitzung, von deren Tages-

ordnung der Bericht über das Ministerial-Programm, die Oesterreichischen Angelegenheiten betreffend, wieder verschwunden ist. Die Versammlung ist so unruhig und zerstreut, daß es nur nach und nach den Wahnungen des Vorsitzenden gelingt, die nöthige Aufmerksamkeit herzustellen.

Groß aus Leer interpellirt das Ministerium des Innern wegen der Weigerung Hannovers, die Grundrechte sofort zu veröffentlichen und durchzuführen. Die Antwort darauf wird für den 15. Januar versprochen.

Sodann überreicht der Reichs-Minister der Justiz der National-Versammlung die sämtlichen (28 Schriftstücke umfassenden) auf die staatsrechtliche Behandlung Robert Blum's und Julius Fröbel's in Wien bezüglichen Vorlagen. Sie werden dem Oesterreichischen Ausschusse überwiesen.

Vize-Präsident Kirchgesner zeigt an, daß der Bericht des Oesterreichischen Ausschusses vollendet und daß man zu einem Mehrheits- und Minderheits-Erachten gekommen sei. Nach dem erstem beschließt die National-Versammlung:

- 1) Die vom Reichs-Ministerium in dessen Erklärung vom 5. d. M. ausgesprochene Zurückweisung des Vereinbarungsprinzips für die Deutsche Reichsverfassung im vollsten Maße anzuerkennen.
- 2) Die Centralgewalt zu beauftragen, über das Verhältniß der zum früheren Deutschen Bunde nicht gehörigen Länder Oesterreichs zu dem Deutschen Bundesstaate zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der Oesterreichischen Regierung in Verhandlung zu treten.

Minoritäts-Antrag: Dem Reichsministerium die auf Vorlage vom 18. December v. J., modificirt durch Schreiben vom 5. Januar l. J., erbetene Vollmacht zu erteilen.

Unterz.: Barth, Paur, v. Büttel, Dr. v. Linde, Räder.

Die Berathung wendet sich unter Abänderung der Reihenfolge der Tagesordnung zuerst zu dem Berichte des volkswirtschaftlichen Ausschusses, die Aufhebung der Hazardspiele, der öffentlichen Spielbanken, der Lotterie und des Lotto's betreffend. Mittermaier hält zu allgemeiner Ueberraschung dem Hazard eine Vertheidigungsrrede. Die öffentlichen Spielbanken könnten nicht plötzlich beseitigt werden, ohne gefährliche Verletzung wohlverworbener Ansprüche. Auch sei es nicht rathsam, die Finanzen des Jahres 1849 zu schmälern. Daher beantragt Mittermaier, daß die Aufhebung der Spielbanken auf eine dreijährige Frist hinausgeschoben werde. Graf Schwerin ist gegen die Aufhebung des Lotto's, der Spielbanken u., weil er darin einen Eingriff der National-Versammlung in die Rechte der Einzelstaaten erblickt.

H. von Mohl: Ich greife die Rechtsbeständigkeit der Spielverträge an (Beifall) und zwar aus einem ganz einfachen Grunde. Nicht mit den Spielern hat der Staat Verträge geschlossen, sondern mit den Bankhaltern, und es sind diese Verträge meiner Meinung nach durch und durch ungültig (großer Beifall), und wir brauchen gerade, vom juristischen Standpunkte aus betrachtet, die Aufhebung der Spielbanken keinesweges zu scheuen. (Beifall.) Der Ausschuss vereinigt sich, was die Bestimmung über die öffentlichen Spielbanken anlangt, mit dem nachfolgenden Antrage des Justiz-Ministers von Mohl:

Reichsgesetz. Einziger Artikel.

Alle öffentlichen Spielbanken sind vom 1. Mai 1849 an in ganz Deutschland geschlossen und die Spielpachtverträge aufgehoben.

Bei der Abstimmung erhebt sich das Haus mit einer an Einheitlichkeit grenzenden Vollständigkeit für den Antrag des Justizministers. Das beantragte Reichsgesetz ist somit angenommen. Lebhafter Beifall im Hause und auf den Gallerieen begrüßt dies Ergebniss. Nach dem Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses beschließt die Nationalversammlung ferner:

- a) „die Staats-Klassen-Lotterien zwar für jetzt fortbestehen zu lassen, jedoch die provisorische Centralgewalt zu beauftragen, auf deren Aufhebung in den Einzelstaaten thunlichst hinzuwirken, und b) Privat-Lotterien nur gegen Konzession der Regierungen der einzelnen Deutschen Staaten und lediglich zu gemeinnützigen Zwecken zu gestatten, zugleich aber c) zu beschließen, daß die Errichtung neuer Klassen-Lotterien gänzlich untersagt werde.“

Endlich wird zum Beschluß erhoben der Antrag des Ausschusses:

„Die National-Versammlung wolle die Aufhebung des Lotto's in allen Deutschen Staaten, „in welchen es noch besteht“, beschließen und dieselbe von der provisorischen Centralgewalt in kürzester Zeit bewirken lassen, die Beschlüsse über Lotterie und Lotto an die provisorische Centralgewalt zur Ausführung zu überweisen.“

Der Bericht des Verfassungs-Ausschusses über den Reichshaushalt trägt zu §. 19. des Artikels des Verfassungs-Entwurfs vom Reichstage diejenigen Bestimmungen nach, welche die Finanzen des Reichs betreffen. Nachdem über den Vorschlag der Mehrheit die Debatte geschlossen, verlegt das Haus seine Abstimmung auf die morgende Sitzung, für welche dem Berichterstatter v. Solt von das Schlusswort vorbehalten wird. Außerdem kommen die übrigen unerledigt gebliebenen Gegenstände der heutigen Tagesordnung auf die Tagesordnung der morgenden Berathung.

Der Preussische Bevollmächtigte Herr Camphausen, ist heute Morgen nach Berlin abgereist, wo auch Herr Runsen erwartet wird. Man vernimmt, daß Hr. Camphausen dahin zu wirken bemüht sein wird, daß den politischen Verfolgungen in Preußen ein Ziel gesetzt wird. Derselbe wird dadurch nur den dringenden Wunsch jedes Patrioten, jedes redlichen Freundes von Preußen vertreten. Hauptächlich soll die Meinung der Herrn Runsen und Camphausen in der Oberhauptsfrage eingeholt werden.

(D. Z.)

Bei dem Reichsministerium ist so eben die Nachricht eingetroffen, daß zwei große Amerikanische Kriegs Dampffregatten um den Preis von 800,000 Dollars für Rechnung der Reichskasse angekauft wurden. Sie werden von wohlgeübten Amerikanischen Seeleuten bedient, welche vorläufig in Deutsche Dienste treten. Allen Vermuthen nach werden sie gleichzeitig mit Commodore Parker und den ihnen beigegebenen Comandern in den Norddeutschen Gewässern eintreffen, um bei einem Wiederausbruche der Feindseligkeiten mit Dänemark unsern Seehandel und unsere Meeresküsten gegen die Angriffe zu schützen. Zu diesem Zwecke aber würden sie, nach der Meinung von Sachver-

ständigen um so eher hinreichen, da die Dänische Kriegsmarine von sehr geringer Stärke ist, überdies aber eine gute Anzahl von Kanonenschuluppen theils bereits im Bau begriffen, theils schon fertig ist. (Schles. Ztg.)

— Ueber die Bethheiligung der Nation an der zu schaffenden Deutschen Flotte schreibt die D. Z.: Wenn man die freiwilligen Beiträge zur Deutschen Flotte durchmustert, so drängen sich dem Beobachter mannigfache Betrachtungen auf. Zunächst im Allgemeinen die, daß die Deutschen leider immer noch eine mehr gemüthliche, als politische Nation sind, daß sie ihren Blick noch lange nicht genug auf das befreiende Element des Meeres und darüber hinaus gerichtet haben, daß das Gefühl für des Vaterlandes Größe und Macht noch lange nicht allgemein in die mittleren Schichten des Volkes gedrungen ist. Man vergleiche nur die Millionen, welche mit nicht genug zu preisender Nächstenliebe in wenig Wochen 1842 für Hamburg zusammengekommen sind, mit den lumpigen 90 — 100,000 fl., welche ein Volk von 30 Millionen, trotz unaufhörlicher Anregung in 6 Monaten für seine Flotte zusammengebracht hat, ein Volk, das für Kirchenschiffe, zur Ruhmes-, Sieges-, und Befreiungs-Mahallen Millionen verwandt hat. Und wir sind wahrlich für unsre Sorglosigkeit, hinter allen Küstenbewohnern der Erde bis zu Griechenland und Marocco, Chili und Mexiko herab, allein durch unsre absolute See-Unmacht zurückgeblieben zu sein, noch leicht genug bestraft, denn der vielgeschmähte Waffenstillstand von Malmö hat einerseits 7 Monate Frist uns zu rüsten gewährt, — welche nun freilich zur Hälfte schon ungenützt verstrichen ist, — und andererseits ist unser Feind so schwach, daß wir, wenn wir nur den hundertsten Theil der Energie entwickeln wollten, mit der 260 v. Chr. die Römer gegen Karthago, 1379—84 die Venetianer gegen das sie belagernde Genua, 1653 die Engländer gegen die Holländer, welche bereits die Themsemündung beherrschten, seit 1807 die Dänen nach dem Verlust ihrer Flotte sich eine Seemacht geschaffen, des Sieges gewiß sein können. Vor 8 Jahren etwa war in einem Aussage im „Freihafen“ als eine Vision erwähnt, daß ein Seereisender einem Deutschen Kriegsschiffe unter schwarz-roth-goldener Flagge begegnet. Nicht jedem Volk wird es so gut, das, was es als ein hohes, unerreichbares Ziel betrachtet hat, schon nach so wenigen Jahren ausführen zu können; aber dennoch kann man noch immer Sport über den Plan — nicht die Art der Ausführung — der deutschen Flotte hören; so tief steht noch immer Thakraft und Selbstgefühl der Deutschen! Was nun die Vertheilung der Beiträge nach Orten und Ständen und die Art ihrer Erhebung betrifft, so sind die wenigen Tropfen aus Oesterreich als Zeichen guten Willens sehr anzuerkennen. Die Beiträge aus Altbaiern, das bis jetzt die beträchtlichste Summe auf einmal von 15,000 fl. geliefert hat, sind erfreulich als Zeichen deutscher Gesinnung der Regierung gegenüber, welche die Flottenbeiträge verweigert. Eine Menge bedeutender Beiträge sind aus kleinen Staaten und Orten gekommen, wo man das System der regelmäßigen Beiträge in kleinsten Summen (Silbergroschen, Sechsersammlungen) angenommen hat. Dieses System, welches überraschende Resultate liefert, ist das einzige, wodurch eine großartige Bethheiligung der ganzen Nation möglich wird, nicht aber, wenn man die Flottenangelegenheit als eine Modesache betrachtet, für die man einen Bazar hält, dann aber kein weiteres Interesse zeigt, oder als eine Bettheil, mit der man sich durch einen Beitrag von konventioneller Größe abfindet. Besonders rühmliche Erwähnung verdienen jene wenig bemittelten Vaterlandsfreunde, welche werthlosen, aber ihnen als Andenken theuren Silberschmuck darbringen und im Ganzen auch die Deutschen im Auslande, meist in Hafenstädten wohnend, welche die Deutsche See-Unmacht schmerzlicher empfinden, als die daheim gebliebenen, gemüthlichen Landratten. Auffallend dagegen ist die geringe Bethheiligung des reichen Deutschen Adels. Grollt er der neuen Zeit wegen Aufhebung der Feudalrechte oder ist der Grund das geringe Nationalgefühl des Deutschen Adels, womit er sich, statt wie der Französishe, an der Spitze der Nation zu stehen, von jeder durch Annahme fremder Sprache und Sitte außerhalb der Nation gestellt?

München, den 4. Jan. Der Stifter der Stenographie, Ministerialsekretair Gabelsberger, welcher erst in den jüngsten Tagen durch Zuerkennung eines lebenslänglichen Jahrgehalts einigermaßen für die großen Verdienste belohnt wurde, die er durch seine Erfindung um die wissenschaftliche, ganz besonders aber die parlamentarische Welt sich erworben hat, verstarb plötzlich in Folge eines Schlagflusses, welcher ihn auf öffentlicher Straße heute Morgens 10 Uhr ereilt hat.

Der Geistliche der hiesigen deutsch katholischen Gemeinde nebst einem der Vorstände hatten gestern Abend bei dem neuen Minister des Innern, Herrn v. Beisler, Audienz. Der Minister sprach sich entschieden zu Gunsten der neuen Gemeinde aus und bemerkte ausdrücklich, daß er ihr, insoweit dies nur möglich und ein höherer Einfluß nicht in den Weg trete, seinen ganzen Schutz angedeihen lassen werde und daß sie unter seinem Ministerium durchaus keine Hindernisse zu fürchten habe. Er versprach, der Gemeinde, die bisher mit bedeutenden Kosten ein ungeeignetes Lokal zu ihrem Gottesdienste miethen mußte, bei Erwirkung eines kostenfreien Lokals behülflich zu sein. Eine vollkommene staatliche Anerkennung werde wohl nicht lange auf sich warten lassen.

Mannheim, den 7. Januar. Der hiesige neue vaterländische Verein hat unterm 4. Januar folgenden Aufruf an die Patrioten Deutschlands erlassen: Die verfassungsgebende Nationalversammlung in Frankfurt hat die Grundrechte des Deutschen Volks festgestellt und die provisorische Centralregierung hat dieselben mittels eines Einführungsgesetzes verkündet. Die Grundrechte, diese Pfeiler unserer Freiheiten und Rechte, sind also Eigentum der Nation, und wenn diese für die Freiheit reif und auf ihre Rechte eifersüchtig ist, so muß es jetzt ihre erste und heiligste Pflicht sein, dafür zu sorgen, daß diese Grundrechte nirgend im Vaterlande verkümmert, sondern überall vollgültig anerkannt werden. Darum müssen die Sonderbestrebungen, welche sich bereits dagegen erhoben haben und noch erheben dürften, ernstlich unterdrückt werden. Ihre Quellen sind in keinem Falle rein; entweder verdanken

sie ihren Ursprung der Unfähigkeit, auf dem Altare des Vaterlandes keinen bescheidenen Theil zur Begründung dessen künftiger Größe niederzulegen, oder sie sind der Ausfluß von Bestrebungen solcher Regierungen und solcher Bruchtheile des Volks, welche der wahren Freiheit und Einheit des Vaterlandes abhold sind. Wir haben aber nicht allein die Freiheit und Einheit, wir haben auch und vornehmlich die Souveränität der Nationalversammlung zu schützen. Das Volk muß der strengste Wächter über den Vollzug der Beschlüsse sein, welche aus der Nationalversammlung hervorgehen; nur dadurch kann die Souveränität des Volks aufrecht erhalten und der von ihr berufenen Nationalversammlung diejenige moralische Kraft und Anerkennung verliehen werden, welche allein Bürgen dafür ist, daß das große Werk, zu dem sie berufen, nicht in den Wind gebaut werde. Wir fordern daher alle Deutschen Männer, welche die Einheit und die Freiheit des Vaterlandes aufrichtig anstreben, sowie namentlich alle Vereine, deren Programme anerkennen, daß die Beschlüsse der Nationalversammlung verbindlich für Volk und Regierungen seien, auf, alle gesegnete Mittel in Bewegung zu setzen, daß die zum Reichsgesetz erhobenen Grundrechte überall im Vaterlande zur vollen Anwendung gelangen und somit an den souverainen Beschlüssen unserer verfassungsgebenden Nationalversammlung nirgend gemäkelt werde. Das ist das Volk seinen Vertretern, das ist es sich selbst und seiner Freiheit schuldig.

Oldenburg, den 6. Januar. Der hiesige Volksverein hat in Folge einer Aufforderung des Centralvereins von Kassel einstimmig die Erklärung erlassen, daß er es zum Heile von Deutschland für nothwendig erachte, die Reichsgewalt an Preußen zu übertragen. Er hat zugleich, mit Hinweisung auf den bekannten Beschluß der Braunschweigischen Stände, den hiesigen Landtag aufgefordert, sich in gleichem Sinne auszusprechen. (W. Z.)

Wien, den 8. Januar. Durch den Courier, welcher die Einnahme von Ofen und Pesth an den Kaiser überbrachte, ward dieselbe für Wien nur telegraphirt, daher noch bis zum Abend die näheren Details fehlten. Man behauptet, daß der F. M. Fürst Windischgrätz die letzte an ihn gesandte Deputation zu deren eigener Sicherheit zurückgehalten habe. Mit diesem Schlage betrachtet man die Ungar. Angelegenheit als entschieden und glaubt, daß auch ein Theil der Armee sich ohne Aufenthalt den niederen Donaugegenden zuwenden haben werde, um die Bezwingung des Landes zu vervollständigen und die Häupter der Insurrection zu erreichen. 24 derselben werden als dem Tode verfallen betrachtet, so wie man sich überhaupt auf Maßregeln der Strenge gefaßt macht. — Gestern verlautete, daß unsere Truppen sich Wenig's bemächtigt hätten, zu welchem Zwecke das wunderbare Kriegsglück, daß seit vielen Jahren die Engländer wieder einmal zugefroren sind, jedenfalls Anlaß geben könnte. — Wohl eben so sehr wird das Tagesinteresse durch dasjenige, was sich in Kremser vorbereitet, in Anspruch genommen. Hier hält man eine binnen sehr kurzer Zeit zu erfolgende Auflösung des Reichstags für unvermeidlich, sei es, daß er mit dem Ministerium über die Grundrechte, und namentlich über den §. 1. derselben zerfiel, sei es, daß die Einberufung von Deputirten aller früheren Ungarischen Landestheile bei den obschwebenden Grundfragen eine neue Gestaltung der Dinge unabwendlich erscheinen lassen. Ueber die ministerielle Erklärung hinsichtlich des §. 1. der Grundrechte „alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ wird bereits in der Tagespresse großer Lärm geschlagen; insbesondere hat ein Artikel in der „Österreichischen Post“, in welchem das materielle Recht dem historischen vorgestelt wird, großes Aufsehen erregt und, wie man hört, bereits zu Explikationen zwischen dem Gouverneur Welden und dem Redakteur geführt. — Nach den neuesten Nachrichten aus Kremser sollte heute dem Ministerium ein Vertrauensvotum von der Kammer gegeben werden; der §. 1. wird wahrscheinlich übergangen und die andern desto schneller angenommen werden. Eschen, Linke und linkes Centrum haben sich gegen Stadion vereinigt. — Die vom Ministerium vorbereiteten Grundrechte, die man der Redaktion des Unterstaatssekretairs Helfert zuschreibt, sollen eine so heftige Opposition hervorgerufen haben, daß sie, wie es heißt, zurückgezogen worden sind. In der sich dabei herausstellenden Nachbildung der Preuß. Verfassung fehlten dennoch die freisinnigen Paragrafen. Die Nationalgardien erschienen abgesperrt; die Presse der Polizei unterstellt; das Associationsrecht durch die einzuholende obrigkeitliche Bewilligung ganz in Frage gestellt. Eine Beerdigung auf die Constitution finde nicht statt. Klöster und Orden würden nebst der Staatskirche beibehalten; Verhaftungen können ohne richterlichen Befehl erfolgen u. s. w. Seltsam genug kontrastirt diese Lesart mit der früher hier allgemein berichteten, welche die vorgebildet zu oftropirenden Grundrechte in vielen Stücken noch liberaler, als die ursprünglich entworfenen hervorgehen ließ.

Der aus 15 Mitgliedern zusammengesetzte Oesterreichische Ausschuss, welcher über die Anträge in Betreff des reichsministeriellen Programms vom 18. v. M. zu berichten und sich darüber zu entscheiden hatte, hat sich in seiner gestrigen Sitzung, die bis 11 Uhr Abends währte, mit 10 gegen 5 Stimmen zu nachstehendem Antrage verständigt: „In Erwägung, daß das Verfassungswerk für das Deutsche Reich von der Nationalversammlung einzig und allein festzustellen und sonach die Vereinbarung mit den einzelnen Regierungen Deutschlands nicht zulässig ist; — in Erwägung, daß die Feststellung des Reichsgebietes ein Bestandtheil der Reichsverfassung ist; — in Erwägung, daß es die Nationalversammlung mit dem ihr vom Deutschen Volke gewordenen Verufe, für alle früher zum Deutschen Bunde gehörenden Ländern eine gemeinsame Verfassung zu geben, für unvereinbar erachtet, in die Auscheidung der zum früheren Deutschen Bunde gehörenden Länder Oesterreichs aus dem Deutschen Bundesstaate zu willigen; — in fernerer Erwägung der eigenthümlichen Verhältnisse, die aus der bestehenden Verbindung Deutscher und Nichtdeutscher Länder in Oesterreich entstehen; — in endlicher Erwägung, daß die Feststellung der Deutschen Reichsverfassung eine innige, sowohl politische, als commercielle Verbindung der zum früheren Deutschen Bunde nicht ge-

hörigen Länder Oesterreichs mit dem Deutschen Bundesstaate nicht ausschließt, sondern eine solche vielmehr im offenbaren Interesse beider Länder gelegen ist — beschließt die Nationalversammlung: 1) die vom Reichsministerium in dessen Vorlage vom 5. d. M. ausgesprochene Zurückweisung des Vereinbarungsprinzips für die Deutsche Reichsverfassung im vollsten Maße anzuerkennen; — 2) die Centralgewalt zu beauftragen, über das Verhältniß der zum früheren Deutschen Bunde nicht gehörenden Länder Oesterreichs zum Deutschen Bundestage zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weise mit der Oesterreichischen Regierung in Verhandlung zu treten.

Wien, den 6. Jan. (D. Z.) Man sieht hier mit immer größerer Bestimmtheit der Suspendirung, vielleicht Auflösung des Reichstags entgegen. Wird sich der Anlaß nicht in den Grundrechten ergeben, so erwächst er wohl aus den ungarischen Angelegenheiten. Denn die Repräsentation Ungarns an einem vereinigten Landtage tritt als Lieblingsgedanke immer mehr hervor, und dürfte nach der Bezwingung Buda-Pesths welche man in diesen Tagen voraussetzt, zur Verwirklichung kommen. Erschiene somit der Reichstag incomplet, so müßte er, wenn nicht aufgelöst, doch auf einige Monate prorogirt werden. Aus Olmütz vernimmt man, daß Einrichtungen getroffen sind, um den Aufenthalt des Kaisers bis zum Mai folgen zu lassen. Der Kaiser benimmt sich sehr lebenswürdig gegen die ihm vorgestellten Personen und weiß in allen Sprachen mit Gewandtheit und Sachkenntnis über die verschiedenartigsten Angelegenheiten zu reden. Eine Deputation aus Triest, fast durchgängig aus Kaufleuten bestehend, ward zur Tafel gezogen, was unter Kaiser Ferdinand in ähnlichen Fällen sehr selten, unter Franz niemals geschah. Die Mitglieder derselben rühmen das freie ungezwungene Benehmen des jungen Monarchen und seine verständigen Fragen und Aeußerungen. Erzherzogin Sophie hatte dabei Thränen in den Augen und sagte zu einigen der Deputirten, sie dürften für das Wohl des Kaisers beten, denn so jung er sei, so habe er ein gereiftes Urtheil über die Angelegenheiten des Landes. Doch waren die Deputirten angewiesen worden, sich bei dieser Gelegenheit der Einnischung von Bitten, die mit dem Zweck der Ueberreichung einer Loyallitätsadresse nichts gemein hätten, zu enthalten. Die Erzherzogin Sophie wird ihren Sohn, den sie unaussprechlich liebt, nicht verlassen. Bei dieser Gelegenheit ist es wohl nicht uninteressant zu bemerken, daß die kaiserliche Tafel selbst bei besonderen Gelegenheiten dem Prunk in manchen aristokratischen und Finanzkreisen sehr nachsteht. Dafür aber herrscht auch bei weitem größere Ungezogenheit, wie denn z. B. mit Ausnahme der kaiserlichen und höchsten Hesperonen die Plätze nicht besonders reservirt erscheinen.

Kremser, den 7. Januar. (Ober-Bez.) Noch gestern Abend fand ein Compromiß zwischen der Linken und den Rechten statt. Die Einladung ging von der Linken aus, und ihre Deputirten sind mit freudigem Wohlwollen im Glub der Rechten empfangen worden. Wenn auch mit vielen kostbaren Opfern die Erfahrung erkaufte ist, die sich jetzt den Rechten unwiderrücklich aufdrängt, noch immer war's Zeit, und noch wäre nicht alles Blut umsonst geflossen, aber Niemand sieht klar in die Sachen und ihre eventuelle Lösung.

Das Mißtrauensvotum gegen das Cabinet wird also von einer Majorität der Kammer ausgesprochen werden, die fast an Einheitlichkeit grenzt.

Sollte Strobach als Präsident (der sich den letzten Beschlüssen seiner Freunde nicht fügen wollte) gegen die Ablegung des Mißtrauensvotums, als nicht auf der Tagesordnung, einschreiten, so wird sich die ungeheuerere Opposition nach Olmütz versetzen, und Sr. Majestät den Protest gegen die letzten Schritte und Erklärungen der Minister persönlich vorlegen.

Kremser, den 8. Jan. Die Coalition ist vollständig. Der gestrige Tag ist von historischer Wichtigkeit. Die Parteien haben vereinigt folgenden Antrag entworfen: „Die hohe Reichsversammlung erklärt, sie erkenne mit Bedauern in der durch das Ministerium am 4. Januar 1849 vor Beginn der Debatte über §. 1 des Entwurfs der Grundrechte abgegebenen Erklärung, in Folge deren die Darlegung selbst der loyalsten Gesinnung bei Abstimmung über diesen §. nicht mehr als freier unbehinderter Entschluß, sondern nur mehr als der Ausdruck einer aufgedrungenen Meinung erscheinen muß, — eine sowohl nach dem Inhalte, als auch nach Fassung und Motivirung dieser Erklärung, der Würde freier Volksvertreter unangemessene, und mit der, dem konstituierenden Reichstage durch die kaiserlichen Manifeste vom 3. und 6. Juni 1848 eingeräumten Stellung unvereinbare Beirung der freien Meinungsäußerung.“ Dieser Antrag wird morgen als Dringlichkeitsantrag noch vor der Debatte gestellt werden. Obwohl hierzu nach der Geschäftsordnung nur 50 Unterschriften nöthig, ist er doch bereits mit fast 200 deren bedeckt, und wird sich die ganze Kammer, mit Ausschluß von beiläufig 20 Männern der Mitte, nach der Ablegung erheben. Strobach, der Präsident, wird unter Ankündigung, selbst gegen das Ministerium sprechen zu wollen, den Vorsitz dem ersten Vicepräsidenten Dobhoff abtreten, und der Exminister wird den Kampf gegen seine Nachfolger im Amte leiten. (Fr. Z.)

Linz, den 6. Januar. Der durch seine Novellensammlung: „Studien“ rühmlichst bekannte Dichter Adalbert Stifter, welcher schon seit mehreren Jahren den Sommer unter uns zu verleben pflegte und seit drei Vierteljahre ganz zu uns übersiedelt war, und hier als Schriftsteller und Maler in edler Ruhe procul nequius lebte, wurde unerwartet vom Minister Stadion ins Ministerium berufen und ist bereits nach Wien abgereist. Unser neuer Regierungspräsident Dr. Fischer, hat bereits den früheren, Baron Strbenzky, abgelöst. (Fr. Z.)

Prag, den 7. Januar. (Schl. Bez.) Das schon so oft verbreitete Gerücht von der Auflösung der akademischen Legion wird heute offiziell bestätigt. Als Grund wird angegeben, daß das Ministerium befürchte, die Wiener Studenten möchten bei der demnächst vor sich gehenden Eröffnung der dortigen Universität das wieder ins Leben treten der Legion gleichfalls verlangen. — Aus Kremser meldet man uns, daß der Reichstag beschloffen habe, die Grundrechte ohne alle Diskussion anzunehmen; erhalten dieselben vom Kaiser nicht die Sanction, so soll nichts weiter verhandelt und die Zeit der Auflösung des Reichstages ruhig abgewartet werden.

Noch immer gehen Verstärkungen zur Armee nach Ungarn ab. So wird z. B. morgen die letzte Feldartillerie-Kompagnie, die noch in Prag war, von hier abgehen, und es bleiben nur 3 Kompagnien der neuerrichteten Landwehrartillerie in unserer Hauptstadt. Vergangene Woche wurden in Budweis 10 Batterien ausgerüstet.

Krakau, den 8. Januar. (Schl. Bez.) Heute ist hier die Ministerial-Verfügung, die Repressiv-Maßregeln gegen die Presse betreffend, veröffentlicht worden.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 7. Januar. (N. Z.) Der Präsident der Republik pocht namentlich auf seine Verantwortlichkeit, und aus diesem Grunde wünscht und beansprucht er, daß alle Ernennungen unmittelbar von ihm ausgehen. Es ist begreiflich, daß L. Bonaparte zahlreiche Verpflichtungen in dieser Beziehung eingegangen, und als Mann vom Wort möchte er auch halten was er versprochen. Jeder einzelne Minister hat indessen hungrige Freunde und Anhänger, Thiers und Molé möchten auch gern etwas für ihre Creaturen thun, und so häufen sich die Schwierigkeiten auch nur einen Theil der reichen Bettler zu befriedigen auf eine Weise die man gar nicht gegn hat. Sicher ist, daß das Lager der persönlichen Feinde L. Bonaparte's in dem Maß wächst als es an zu vergebenden Stellen fehlt. Das Ministerium steht auf sehr schwachen Füßen. Der Präsident hat bereits seine Blicke auf Dufaure gerichtet um ihn für das Innere zu gewinnen, allein dieser hat noch zu wenig Vertrauen in den Bestand der Verwaltung als daß er zugesagt hätte, zumal er auch auf die Vicepräsidentschaft einige Hoffnung hat. Es ward versichert, daß das Ministerium als vorzuschlagende Candidaten die H. H. Odilon-Barrot, Dupin und Dufaure dem Präsidenten empfiehlt. Da der Vicepräsident der Republik zugleich den Vorsitz im Staatsrath zu führen hat, so erscheint es jedenfalls wünschenswert einen Mann für diesen Posten zu wählen, welcher in der Gesetzgebung tüchtig bewandert ist. Marschall Bugeaud ist so weit wiederhergestellt, daß er demnächst nach den einzelnen Standquartieren des Alpenheers abreisen kann um die Truppen zu inspizieren. Zwischen unserem und dem Cabinet von St. James findet ein lebhafter Courierwechsel statt. Die britische Regierung läßt es an Aufmerksamkeit für den Präsidenten der Republik nicht fehlen. Man versichert, daß Königin Victoria ein eigenhändiges Beglückwünschungsschreiben dem Präsidenten der Republik beim Antritt seines hohen Amtes habe zukommen lassen.

Nach einem Blatt von Nantes lautete der vielbesprochene Brief L. Bonaparte's an den Minister des Innern wie folgt: Herr Minister! Ich habe beim Polizeipräsidenten angefragt, ob er nicht zuweilen Berichte über die Diplomatie erhalte, er hat bejahend geantwortet und hinzugefügt, daß er Ihnen gestern eine Depesche aus Italien zugesandt habe. Solche Depeschen müssen mir direkt übersandt werden und ich kann Ihnen meine Mißbilligung über Ihr Säumen in dieser Beziehung nicht verhehlen. Zugleich muß ich Sie bitten, daß Sie mir die schon verlangten 16 Attenschafteln zuschicken, ich will sie Donnerstag spätestens haben. (Es sind die Attenschaften über Straßburg und Boulogne.) Auch will ich nicht, daß der Minister des Innern Artikel redigire, welche mich persönlich betreffen; das geschah unter Ludwig Philipp nicht und kann nicht gelitten werden. Seit mehreren Tagen habe ich auch keine telegraphischen Depeschen zu sehen bekommen: ich merke wohl, daß mich die Minister behandeln wollen, als wenn die berückichtigte Constitution von Sieyes in Kraft wäre, aber ich werde mich dem keineswegs fügen. Mit der Versicherung u. s. w.

Elysee, den 27. December 1848. L. N. Bonaparte.

Es waren gestern starke Truppenabtheilungen nach dem Batignolles und nach Vercy dirigirt worden, um die Weirhändler zur Ordnung zu zwingen, welche ihre Vorräthe nicht mehr von den Zollbeamten durchsuchen lassen wollten. Die heutigen Morgenblätter bringen Details über jene Vorfälle. Die Truppen sind zwar gegen 6 Uhr Abends wieder heimgekehrt, ohne daß Blut geflossen wäre, aber es herrschte immer noch starke Gährung vor den Barrieren unter den dortigen Kleinbürgern, deren Haupterwerbszweig der Weinbetrieb ist. Diese Aufregung wollten Parteiführer benutzen, um auch die Faubourgs aufzustacheln und eine allgemeine Bewegung hervorzurufen. Es wurde den Arbeitern vorgestellt, daß es nöthig sei, einen allgemeinen Zug nach dem Präsidentschaftslokal (Elysee National) zu veranstalten und Amnestie zu verlangen. Die beiden Journale „Peuple“ und „Republique“ mahnen jedoch von solchen Demonstrationen ab, weil dies der demokratischen Sache nur schaden könne. Paris blieb denn auch heute vollkommen ruhig. Das schöne Wetter lockte alle Welt heraus, aber nirgends bemerkte man eine Spur von einem Volkszuge. Die Straßen und Boulevards waren voll von Spaziergängern, wie an allen gewöhnlichen Sonntagen.

Proudhon, der lebensgefährlich am hitzigen Fieber darniederlag, ist in der Genesung begriffen. Sein Journal „Le Peuple“,

zeigt an, daß er bald wieder den Sitzungen der National-Versammlung beizuhocken werde.

Großbritannien und Irland.

London, den 6. Jan. Eine große Anzahl von Frauen und Jungfrauen aus Haberleben in Holstein haben der Königin ein Gesuch übersandt, worin sie auf das Rührendste gebeten wird, ihre Regierung dahin zu vermögen, daß diese eine Theilung der Herzogthümer Schleswig und Holstein nicht zugebe.

Der Herzog von Wellington ist auf seinem Landfidei Strathfieldsaye an den Folgen einer Erkältung ernstlich erkrankt. Die an der Börse verbreitete Nachricht seines Todes hat sich jedoch nicht bestätigt.

Der in Manchester erscheinende Examiner meldet, daß John North dort aus Wasser und Harz Gas bereite, dessen Licht silberfarben und glänzend, dessen Geruch nicht so schlecht, wie der des Steinkohlengases sei.

Ein Handlungshaus in Worcester las vor einigen Tagen in einer Zeitung die Nachricht von der Ankunft eines Schiffs aus dem Auslande in einem der nordischen Häfen und ließ sogleich den elektrischen Telegraphen in Bewegung setzen, um die Ladung des Schiffs zu kaufen. Die Entfernung von Worcester nach dem fraglichen Hafen beträgt 350 Englische Meilen; aber in weniger als anderthalb Stunden hatte das Handelshaus sich mit seinem Agenten in jenem Hafen in Verbindung gesetzt, ihm die nöthigen Instruktionen erteilt und Avis von dem Ankauf der Ladung erhalten.

Nach dem Globe wird die heute Abend erscheinende Uebersicht der Staatseinnahmen in dem abgelaufenen Vierteljahr einen bedeutenden Ueberschuß über die Einnahmen in der entsprechenden Periode des vorigen Jahres nachweisen, nämlich 600,000 Pf. St. Die Zolleinnahme ist um mehr als 500,000 Pf. St. gewachsen. Die Accise zeigt ebenfalls eine Verbesserung, indem die Steuer auf Malz, Papier und Seife diesmal mehr, und die auf Ziegelsteine, Hopfen und Branntwein weniger abwirft als voriges Jahr. In der Einkommensteuer und in den sogenannten Assessed taxes (Fenster-, Wagen- und andere Steuern) zeigt sich eine Verminderung von 50 bis 60,000 Pf. St. Auch in den Stempel- und Posteinnahmen macht sich eine Abnahme bemerklich. Im Ganzen wird die regelmäßige Einnahme ungefähr 400,000 Pf. St. mehr betragen, als die Einnahme der entsprechenden Periode des vorigen Jahres. Die außerordentlichen Einnahmen werden durch den Verkauf von Vorräthen um 150,000 Pf. St. vermehrt.

Die Posten aus dem Innern trafen heute sehr spät ein; der nach mehreren Richtungen mehr Fuß hoch gefallene Schnee hält die Beförderung auf.

Italien.

Mailand, den 3. Januar. In Verufung auf das Ministerprogramm, welches die Erhaltung der Integrität der Monarchie und Gewährung freier Institutionen auspricht, hat das Oesterr. Ministerium, um den Lombardisch-Venetianischen Provinzen ihre Nationalität zu verbürgen, und sie mit dem obersten Grundsatz der Integrität der Monarchie in Einklang zu bringen, beschloffen, eine Versammlung von Abgeordneten aller dieser Provinzen nach Wien zu berufen. Der kaiserl. Bevollmächtigte, Graf Montecuculi, machte diesen Entschluß bekannt, daneben noch eine Weisung des Justizministers Bach, wonach er die noch im Auslande befindlichen Lombarden öffentlich auffordern soll, binnen einer bestimmten Zeit zurückzukehren, widrigenfalls ihre Güter eingezogen werden sollen.

Die außerordentliche Kriegsteuer, welche der unglücklichen Provinz Mailand neuerdings auferlegt wurde, hat die Bewohner zur Verzweiflung gebracht und ihren Haß bis zum Wahnsinn gesteigert. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Radezki bei einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten sich zwischen zwei Feuern befinden würde. Die Lombarden scheinen zu einem Ausrottungskriege gegen Oesterreich entschlossen, sobald der erste Kanonenschuß an der Grenze erschallt. Jeder Tag häuft neuen Zündstoff. — In Modena fanden, in Folge der Brutalität eines Corporals, Ruhestörungen statt.

Rom, den 30. Dec. Am 29. erließ die oberste Junta folgende Verordnung: 1) Die Session der gesetzgebenden Staatskörper ist geschlossen. 2) Während der Zwischenzeit bleibt die von der Deputirten-Kammer ernannte Finanz-Commission versammelt. 3) Der Minister des Innern ist mit Ausführung dieser Verordnung beauftragt. — Man ist einer Verschwörung auf die Spur gekommen, welche ein gewisser Feletti, Jesuiten-Klosterverwalter, leitete und die Ermordung sämtlicher Minister und Juntaglieder vor Einberufung der Constituante zum Zweck hatte. Heute wird das Decret veröffentlicht, das die allgemeinen Wahlen ausschreibt und die Nationalversammlung (Constituante) einberuft.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 1. Januar. Das gestrige Journal des St. Petersbourg meldet: „Zwischen der politischen und sozialen Stürme, welche Europa erschüttern, kommen doch auch Thatsachen vor, bei denen man seine Betrachtungen gern und freudig verweilen läßt. In diese Zahl rechnen wir unbedenklich ganz besonders die vertrauensvollen Beziehungen, welche sich zwischen Rußland und dem heiligen Stuhl seit dem Abschluß der am 15. August 1847 zu Rom unterzeichneten und am 27. November desselben Jahres vom Kaiser ratifizirten Uebereinkunft begründet haben. In Folge dieser Uebereinkunft, welche dazu bestimmt ist, den römisch-katholischen Unter-

thauen Sr. Majestät den vollen Genuß der geistlichen Wohlthaten ihrer Kirche zu sichern, ist eine neue Diocese, die von Cherson, im südlichen Rußland, errichtet worden und haben Bischöfe mit gemeinschaftlichem Einverständnis für die im Kaiserreich erledigten bischöflichen Sitze ernannt werden können. Msgr. Omochowski, Bischof von Wilna in partibus infidelium, ist zur Würde eines Erzbischofs von Mohilew erhoben, der Domherr Holowski, Rektor der römisch-katholischen geistlichen Akademie zu St. Petersburg, zum Bischof von Karyste und zum Koadjutor des Erzbischofs von Mohilew cum futura successionem, der Prälat Zyliniski zum Bischof von Wilna und der Professor des kanonischen Rechts an der Akademie, Borowski, zum Bischof von Luck und Schitomir ernannt worden. Die anderen Wahlen bilden noch den Gegenstand vorheriger Verständigung zwischen den beiden Höfen."

Vocales.

Uns geht folgende Berichtigung zu: Mit Bezug auf den in der Posener Zeitung vom 11. Januar c. enthaltenen Artikel, betreffend die Wahl der Herren Knorr, Träger, Alsch und Beer, welche die Listen der Urwähler zur ersten Kammer in hiesiger Stadt zu prüfen haben, wurde folgender Interpellation nicht Erwähnung gethan, die ich aber hiermit ob meiner Eigenschaft als Stadtverordneter und Theilnehmer an der oben erwähnten außerordentlichen Sitzung der Öffentlichkeit zu übergeben für meine Pflicht halte.

Die Sache verhält sich folgendermaßen: In Berücksichtigung, daß die Stadt Posen von 17,000 Polen mitbewohnt wird und ich in der Wahl der vier oben genannten Herren dieselben in keiner Weise vertreten sah, habe ich gegen dieselbe protestirt, da auch nicht ein einziger Pole dazu vorgeschlagen ward. — Diese meine Protestation, welche jedem Einsichtigen nur billig erscheinen

muß, hat der Herr Vorsteher aus dem Grunde verworfen, weil sie nicht von drei Mitgliedern der Versammlung, wie das Gesetz vorschreibt, sondern nur von zwei, nämlich von Herrn v. Crouszaj und Prevosti, unterstützt worden war.

Zu dieser meiner Erklärung berechtigt und veranlaßt mich das mir von meinen Mandanten geschenkte Zutrauen. Ob eine derartige Entscheidung nicht jedem Gerechtigkeitsgefühl entgegenläuft, überlasse ich dem Ermessen von Unparteiischen.

Posen, den 11. Januar 1849. Kasimir Szymanski.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Da Herr Rath Neumann nicht allein die vom Könige verliehene Verfassung ein perfides Machwerk nannte, sondern auch hinzusetzte, lieber unter einer absoluten Herrschaft zu leben als unter dieser Verfassung, so wäre es gerathener für denselben in russische Dienste zu treten und den preussischen Staatsdienst baldigst zu verlassen.

S. L. & W. K.

Oberprediger! Niese zur Gesundheit Deines eigenen Verstandes!

Antwort an den poetischen Meister.

Die einst berühmte Kunst der Meistersänger, Die selbst in Nürnberg ihre Rolle ausgespielt, Ihr Posner freuet Euch, daß sie weit länger In Euern Mauern ihren Glanz erhielt; Denn als dort finstere Nacht umhüllt die Geister, Da flüchtete hierher der letzte Meister.

Doch hat er leider nicht Hans Sachsens Geister Mit hergebracht in seinem dicken Kopf, Statt Dichterhirn füllt saurer Reimekleister Bis oben diesen unbrauchbaren Topf.

Drum glänzt wie Langohr unter menschlichen Gesichtern Auch unser Meister unter Deutschlands Dichtern.

Maier.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 14. Januar c. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Am.: Hr. Pred. Friedrich. — Km.: Hr. Hüls-Prediger Schönborn.

Ev. Petrikirche. Am.: Hr. Consist.-Rath Dr. Siedler.

Garnisonkirche. Am.: Hr. Mil.-Ob.-Pred. Niese.

Christkathol. Gemeinde. Am.: Herr Pred. Post.

In den Parochien der genannten Kirchen sind in der Woche vom 5. bis 11. Januar 1849:

Geboren: 5 männl., 3 weibl. Geschlecht.

Gestorben: 11 männl., 4 weibl. Geschl.

Getraut: 7 Paar.

Marktberichte. Posen, den 12. Januar.

(Der Schl. zu 16 Mk. Preuß.)

Weizen 1 Rthl. 21 Sgr. 1 Pf. bis 2 Rthl. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthl. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 1 Rthl. 1 Sgr. 1 Pf. Hafer 13 Sgr. 4 Pf. bis 15 Sgr. 7 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthl. 1 Sgr. 1 Pf. Heu der Centner 17 Sgr. 6 Pf. bis 22 Sgr. Stroh das Schock 4 Rthl. bis 4 Rthl. 10 Sgr. Butter der Garnig zu 8 Pfund 1 Rthl. 25 Sgr. bis 2 Rthl.

Posen, den 12. Jan. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80 ½ Tralles 12 ½ Rthl.

Die heut Mittag fällige Berliner Post ist ausgeblieben. Wir sind daher außer Stande heute den neuesten Berliner Börsen- und Marktbericht zu liefern.

Druck u. Verlag von W. Decker & Co. Verantw. Redacteur: C. Hensel.

Die Verlobung unserer Tochter Caroline mit dem Herrn Samuel Kantrowicz aus Posen zeigen wir unsern Freunden und Bekannten, statt besondrer Meldung hiermit an.

Heiman Grünfeld nebst Frau. Klerzowo den 12. Januar 1849.

Als Verlobte empfehlen sich:
Caroline Grünfeld.
Samuel Kantrowicz.

Als ehelich Verbundene empfehlen sich:
Julius Kuntner, Apotheker,
Wilhelmine Kuntner, geb. Böhm. Zerkow, den 9. Januar 1849.

Bei G. S. Mittler in Posen ist zu haben:
Mémoires d'outre tombe par Chateaubriand. Prem. volume. 1 Thlr. Vom Tenseit des Grabes. Chateaubriand's Denkwürdigkeiten. Deutsch von Dr. L. Meyer. Theil 1—4 à 10 Sgr.

Bekanntmachung.

Bei dem jetzigen stärkeren Andrang der Geschäfte wird zur rascheren Förderung derselben von heute ab der Vorstand täglich von 10 bis 1 Uhr Vormittags im Geschäftslokal anwesend sein.

Posen, den 8. Januar 1849.
Königliche Darlehns-Kasse.

Bekanntmachung.

In dem jüdischen Kalender des Dr. Heine-mann für dieses Jahr wird angegeben, daß die bevorstehende hiesige Reminiscere-Messe am 5ten März eingeläutet werde, und die Budenbau-Woche mit dem 26ten Februar beginne.

Dies ist unrichtig, nämlich um 1 Woche zu spät.

Die gedachte Reminiscere-Messe wird nach der Befehlsordnung am Montag vor Reminiscere, d. i. am 26ten Februar eingeläutet und die Budenbau-Woche beginnt am 19ten Februar.

Frankfurt a/D., den 9. Januar 1849.

Der Magistrat.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Den unbekannten Gläubigern des am 13ten Juli 1848 zu Neinerz verstorbenen Gutsbesizers Apollinaris Clements von Zoltowski aus Kasimowo, Samterschen Kreises, wird hierdurch die bevorstehende Theilung der Verlassenschaft bekannt gemacht, mit der Aufforderung, ihre Ansprüche binnen drei Monaten anzumelden, widrigenfalls sie damit nach §. 137. und folg. Th. I. Tit. 17. Allgemeinen Landrechts an jeden einzelnen Miterben, nach Verhältniß seines Erbtheils, werden verwiesen werden.

Posen, den 11. December 1848.

Königliches Ober-Landesgericht.
Abtheilung für Nachlaß- und Vormundschafts-Sachen.

Nach erfolgter Verlegung meines Wohnsitzes von Gnesen hierher, zeige ich ergebenst an, daß mir die Königl. Regierung, Abtheil. des Innern hier, gestattet hat, die am ersten Orte durch 30 Jahre betriebene Praxis als Hebamme hier fortzusetzen. — Meine Wohnung ist St. Martin No. 41. (Krugs Gasthof) 2 Treppen hoch.

Posen, den 10. Januar 1849.

J. Hegke, verw. gewesene Schmidt.

Meine im Dorfe Krzyszkó, 1 ½ Meile von Birnbaum, 1 ½ Meile von Neustadt b./P. im Meseriger Kreise, belegene Ackerwirtschaft, von 63 Morgen 96 Ruthen gutem Acker und sehr schönen Wiesen, nebst Wohn- und Wirtschaftsgebäuden bin ich Willens, aus freier Hand sofort zu verkaufen oder zu verpachten. — Kauf- oder Pachtliebhaber wollen sich dieserhalb bei mir oder bei dem Mühlenbesitzer Herrn Röhre daselbst, wo sie die näheren Bedingungen erfahren, mel-

Leopold Griebisch,
Biegler-Meister in Meserig.

In meinem Hause, Gartenstraße Nr. 285., sind zu vermieten und sogleich zu beziehen zwei gut möblierte Stuben für 7 Thlr. monatlich, in welchen sich auch 2 Personen placieren können.

Vom 1. April c. ab zu vermieten eine Wohnung von 3 Stuben nebst Küche für 80 Thlr. und 1 Stube nebst Küche für 36 Thlr. jährlich. Endlich können auch noch 2 Stübchen im Hinterhause und 1 Pferdestall für 2 Pferde abgelaufen werden.

Wendland.

Auf dem Graben No. 30. ist vom 1ten April c. eine Wohnung von 5 Stuben nebst Zubehör, Vel-Etage, mit Gartenpromenade zu vermieten.

Carl Grafmann,
Graben No. 8.

Auf einem in guter Kultur befindlichen, gerichtlich auf 21,481 Rthl. 26 Sgr. 8 Pf. abgeschätzten Erbpachts-Vorwerke, 3 Meilen von Posen entfernt, stehen zur ersten Hypothek 2000 Rthl. eingetragen, welche unter annehmbarer Bedingung acquirirt werden können. Das Nähere darüber erfährt man in der Expedition dieser Zeitung sub littera C. Z.

Ein Laden nebst Wohnung in der Bäckerstraße Nr. 14, worin seit geraumer Zeit das Material-Geschäft mit gutem Erfolge geführt worden ist, kann vom 1ten April c. ab anderweit vermietet werden. Näheres beim Wirth, Kaufmann Tabulski, Breslauerstraße Nr. 11. im Laden.

Eine Wohnung im ersten Stock von 5 Piecen, mit Balkon und Zubehör, ist von Ostern ab Wallischri No. 1. zu vermieten.

In Groß-Sepno bei Kosten stehen mehrere Heu-Schober zum Verkauf.

Kauf-Gesuch.

1000 — 2000 Pfd. Kiehn- oder Kiefer-Saamen. Baldige Offerten erbittet
H. Schwarzlose in Gardelegen, Altmark.

Tanzunterricht im Hôtel de Vienne.
Sollten Kinder oder Erwachsene an den Eursen noch Theil nehmen wollen, so bittet sich recht bald zu melden bei

M. Eichstädt, Tanzlehrer.

Stroh- und Vordürenhüte zur Versorgung der Wäsche und das Modernisiren nehmen an zu den bekannten billigen Preisen

W. Wetter & Comp.

Strohhüte werden zum Waschen und Modernisiren angenommen in der Puz- und Modehandlung der Geschwister Herrmann, Markt No. 53.

Feinster orientalischer Räucher-

Balsam in Glacons à 5 Sgr., welcher mit einigen Tropfen auf den warmen Ofen gegossen das Zimmer mit dem angenehmsten Wohlgeruch erfüllt und keine zum Husten reizenden Dämpfe verbreitet, ist fortwährend in Commission zu haben bei

Herrn G. Bielefeld in Posen.
Ed. Defer in Leipzig.

Julius Alschheim in Posen
Wasserstraße 15. unweit der Gerberstraße hat sein Lager ächter importirter Havana-, Hamburger- und Bremer-Cigarren, Rollen- und Blätter-Marinaden durch direkte Selbst-Einkäufe auf das Vollständigste assortirt und empfiehlt diese, sowie Kapée, ächte Pariser Carotten und alle andern Gattungen Schnupf- und Rauch-Tabake, wie auch sein roth Peruquen zu den billigsten Preisen.

Hiermit beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich am hiesigen Plage Dominikanerstraße 2, mit einem Eingange Breitenstraße 12., ein Destillations-Geschäft errichtet habe. Ich habe bei der neu getroffenen Einrichtung keine Kosten gespart, um sämtliche Fabrikate, als doppelte und einfache Brantwein, Liqueure, Punsch-Essenz, so wie die Vorräthe von Rum in bester Qualität zu den billigsten Preisen liefern und also meinen geehrten Abnehmern jede möglichen Vortheile gewähren zu können.

Zugleich gebe ich die Versicherung, daß ich mich stets bestreben werde, durch prompte und reelle Bedienung das mir geschenkte Vertrauen zu rechtfertigen.

Posen, im Januar 1849.

Michaelis Firsch.

Die Bäckerei (Markt No. 9.) ist zu verpachten. Näheres daselbst bei dem jetzigen Inhaber derselben.

Wiederum starke frischgeschossene Hasen à 14 Sgr. bei

Stiller.

Feinsten Caravanen-, Pecco-blüthen-, Imperial- u. Gum-powder-Thee, so wie feinste Vanille erhielt
Joh. Jg. Meyer. Markt No. 86.

Besten fetten geräucherten Lachs, beste fette Elbinger Neunaugen, dso. frische grüne Pommeranzen, frostfreie Teltower Rübchen und frische Pfundbienen

empfiehlt billigst
Michaelis Peiser,
in der Russischen Theehandlung Breslauerstr. 7.

Allerbesten fetten geräucherten und marinirten Elb- und Weser-Lachs, gr. Neunaugen, fr. Caviar, ger. Gänsebrüste, fr. Sardinen, feinsten Tafelbouillon, Ahr-Zuckerschoten und fr. grüne Orangen empfiehlt

J. Ephraim, Wasserstraße 2.

Neue Zuforderungen von bester gelber Gebirgs-Butter habe ich erhalten und offerire das Pfund zu 5 ½ und 6 Sgr.

J. Ephraim, Wasserstraße 2.

Prager Doppel-Bier,

ein ausgezeichnet schönes Frühstück Bier hat erhalten, es empfiehlt und verkauft solches die Kasse zu 2 Sgr. Schmidt, Wilhelmplatz No. 5.

Odeum.

Sonnabend den 13ten Januar findet die dritte Nedoute mit und ohne Maske statt. Anfang des Balles 8 Uhr Abends. Entree für Herren 10 Sgr. Damen 5 Sgr. J. Lambert.

Heute Sonnabend den 13ten zum Abendessen, frische Wurst und Sufarenbraten, zu welchem ich freundlichst einlade.

Schmidt, Wilhelmplatz No. 5.

Heute Sonnabend den 13ten Januar im Saale des Hôtel de Saxe:

Rektes Konzert à la Strauß.

Harps, Kapellmeister.

Die Hausbesitzer hiesiger Stadt werden Behufs nöthiger Mittheilungen u. die Feuer-Versicherungs-Angelegenheit betreffend, hiermit eingeladen, Sonntag, den 14. d. M., Nachmittags 3 Uhr, im früheren Handels-Saale sich zahlreich einzufinden.

Im Auftrage des gewählten Ausschusses
Blau.

Der Deputirte bei der Berliner Nationalversammlung, Herr Land- und Stadtgerichts-Rath Neumann, wird dringend gebeten, sich durch niedrige Anklaffereien nicht reizen, und namentlich nicht dahin bewegen zu lassen, daß er direkt oder indirekt ausgesprochenen perfiden Wünschen nachkomme.

Kein Prediger.